



# Für starke Kommunen

Kommunalpolitische Zwischenbilanz  
in der 17. Wahlperiode

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Vorwort



Kommunen sind nicht primär Verwaltungen, sondern Orte, in denen die Menschen leben, wohnen und arbeiten. Deshalb müssen ihre Belange Ausgangspunkt für Bundespolitik sein.

Am 16. März 2010 hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE Schwerpunktvorhaben auf kommunalpolitischem Gebiet für die 17. Wahlperiode beschlossen. Zeit für die AG Kommunalpolitik Bilanz zu ziehen.

80 Prozent der im Bundestag beschlossenen Gesetze müssen von Kommunen ausgeführt werden und haben unmittelbar Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürgern in Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Kommunalpolitik schärft den Blick auf die Wirklichkeit und auf die Folgen politischer Entscheidungen im Bund und in den Ländern. Würden die Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker direkt in die Gesetzgebung des Bundes einfließen und berücksichtigt werden, gäbe es qualitativ bessere Gesetze.

DIE LINKE steht für eine stärkere Stellung der Kommunen im föderalen System. Dies würde Bürgerinnen und Bürgern neue Wege der Einflussnahme auf die Lösung lokaler, regionaler und globaler Probleme eröffnen, Demokratiedefizite würden dadurch abgebaut. Starke Kommunen sind Voraussetzung für ein Mehr an Demokratie und umgekehrt.

Alles gute Gründe, Kommunalpolitik stärker in den Fokus von Bundespolitik und somit auch in die Arbeit der Bundestagsfraktion zu rücken.

DIE LINKE steht für starke Kommunen, in denen Bürgerinnen und Bürger ihr Leben selbstbestimmt gestalten können.

Alle bisherigen Koalitionen standen für keine kommunalfreundliche Politik. Ihr Handeln hat unterm Strich zu weiteren Belastungen in den Kommunen geführt.

DIE LINKE hat Themen gesetzt, öffentliche Debatten angeschoben und Bürgerinnen und Bürger ermutigt, sich in Diskussionen einzumischen. Die Einsetzung eines Unterausschusses Kommunales, die teilweise Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben, die Verhinderung der Abschaffung der Gewerbesteuer und der vollständigen Privatisierung der kommunalen Abfallwirtschaft sowie die

Stärkung der Mitwirkungsrechte der kommunalen Spitzenverbände im Deutschen Bundestag wären nicht möglich gewesen, wenn es DIE LINKE nicht geben würde.

DIE LINKE wirkt! Und das auch noch in vielen weiteren Themenbereichen. Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag hat einiges bewirkt. Es ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann und über die in dieser Broschüre berichtet wird.

Mit solidarischen Grüßen



Katrin Kunert

Kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE  
und Leiterin der AG Kommunalpolitik<sup>1</sup>

# **DIE LINKE.**

**I M B U N D E S T A G**

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)

V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, Stellvertretender Vorsitzender  
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Verfasser: Dr. Petra Brangsch, Patrick Wahl

Stand: 1. Februar 2012

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken  
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**

---

<sup>1</sup> Mitglieder der AG Kommunalpolitik sind: Herbert Behrens, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Diana Golze, Rosemarie Hein, Andrej Hunko, Harald Koch, Cornelia Möhring, Jens Petermann, Richard Pitterle, Ingrid Remmers, Frank Tempel, Axel Troost, Harald Weinberg

# Kommunalpolitik – Beschlüsse, Positionen, Aktionen

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE und deren Arbeitskreise haben eine Reihe von Beschlüssen gefasst und Positionspapiere erarbeitet, in denen sie zu kommunalpolitischen Gegenwarts- und Zukunftsfragen Stellung beziehen:

27. August 2011

## **Das rote Projekt für den sozial-ökologischen Umbau**

Ein Gemeinwesen, das zu einem tiefgreifenden Umbau fähig sein will, muss das Prinzip „nachhaltige Bedarfsdeckung“ zu einem erheblichen Teil auch auf direktem Wege verwirklichen können. Die aktuelle Welle der Rekommunalisierungen sollte zu einem dauerhaften Trend werden, nicht nur Privatisierungen umkehren, sondern auch der kommunalen und regionalen Souveränität neues Terrain erschließen ...

14. Juli 2011

## **Schnelles Internet für alle! Gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe sichern**

Breitband-Internetanschlüsse mit Datenübertragungsraten von mehreren Megabit pro Sekunde (Mbit/s) werden von immer mehr Menschen immer häufiger genutzt. Für DIE LINKE steht fest, dass alle ein Recht auf Zugang zu schnellem Internet haben sollten – genauso wie ein Recht auf Strom- und Wasserversorgung besteht. Die Bereitstellung von Breitband-Internetanschlüssen ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge ...

15. Juni 2010

## **Für eine soziale, ökonomische und ökologische Agrarpolitik und Entwicklung der ländlichen Räume**

Die Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) muss Rahmenbedingungen für die landwirtschaftlichen Betriebe bieten und damit eine Grundlage für die Entwicklung ländlicher Räume legen. Durch eine neue GAP müssen mehr Chancen für wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume, sozialen Fortschritt, verbesserten Umweltschutz und einen wirksamen Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz eröffnet werden. DIE LINKE unterbreitet Vorschläge zur Reform der GAP ...

19. Mai 2010

### **Position zur Ausweitung der Optionskommunen**

Union, FDP und SPD wollen die Betreuung und Vermittlung von Erwerbslosen stärker den Kommunen übertragen. Warum DIE LINKE dagegen ist ...

16. April 2010

### **Rekommunalisierung statt Privatisieren – öffentliche Daseinsvorsorge erhalten**

DIE LINKE will den spürbaren Trend zur Rekommunalisierung stärken und ausbauen. Eine entscheidende Voraussetzung, dass privatisierte Leistungen wieder öffentlich erbracht bzw. weitere Privatisierungen verhindert werden können, ist eine solide Finanzausstattung der Kommunen ...

31. März 2010

### **Finanznot der Kommunen ist nicht hausgemacht!**

Bund und Länder tragen Hauptverantwortung für sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben!

Die Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist alarmierend. Viele Kommunen befinden sich am Rande des Bankrotts. DIE LINKE fordert: Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben! Schluss mit der Verwaltung des Mangels! Für eine solide Finanzausstattung der Kommunen, um soziale und demokratische Teilhabe wirksam umzusetzen! DIE LINKE unterbreitet konkrete Vorschläge zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen ...

20. Januar 2010

### **Tarifrunde öffentlicher Dienst**

DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Beschäftigten nach angemessener Bezahlung. Sie ist eine Voraussetzung für die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen. Wir sehen die Tarifrunde auch als eine Chance, auf die dahinter liegenden Probleme aufmerksam zu machen: Die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Unterfinanzierung der Kommunen ...

# Parlamentarische Initiativen – Anträge mit kommunalem Bezug – eine Auswahl

## I) Kommunalfinanzen

Die Lage der Kommunalfinanzen war seit Beginn der 17. Wahlperiode das dominierende Thema in der Kommunalpolitik. Nach dem zweithöchsten Defizit in der Geschichte der Bundesrepublik (7,7 Milliarden Euro) im Jahr 2010 weist die Bilanz für das Jahr 2011 ein Minus von knapp 3 Milliarden aus. Gleichzeitig hat der Stand der Kassenkredite zuletzt die Rekordhöhe von 44,3 Milliarden Euro erreicht. Die Tendenz ist steigend. Die von der Bundesregierung eingesetzte Gemeindefinanzkommission hat ihre Arbeit letztlich ohne nennenswerte Ergebnisse beendet, wobei eine weitere Verschlechterung durch die von der FDP geforderte Abschaffung der Gewerbesteuer immerhin verhindert werden konnte. Allerdings müssen die Kommunen bis heute die Steuereinbußen verkraften, die durch die Steuerrechtsänderung unter Rot/Grün, Schwarz/Rot und Schwarz/Gelb entstanden sind.

Wegen ihrer strukturellen Ursachen kann die kommunale Finanzkrise nur gelöst werden, wenn die strukturellen Bedingungen der Kommunalfinanzierung verbessert werden. Darüber hinaus muss eine Entschuldung hinsichtlich der kommunalen Verbindlichkeiten stattfinden, die infolge des strukturellen Defizits entstanden sind. In ihren parlamentarischen Initiativen fordert DIE LINKE zum einen die Stärkung und Verstetigung der kommunalen Steuereinnahmen. Kernstück ist hierbei die Forderung nach einer Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer. Zum anderen soll die finanzielle Belastung der Kommunen durch die Übertragung und Erweiterung von Aufgaben durch den Bund durch Einführung eines Konnexitätsprinzips und verbindliche Mitwirkungsrechte der Kommunen im Gesetzgebungsverfahren künftig vermieden werden. Immerhin hat der zuständige Ausschuss des Bundestages nunmehr eine Veränderung der Geschäftsordnung vorgeschlagen, die den kommunalen Spitzenverbänden bei Beratungen, die wesentliche kommunale Belange berühren, ein verbindliches Anhörungsrecht gibt. Dies würde tatsächlich eine gewisse Verbesserung gegenüber dem Status Quo darstellen.

Für eine Verstetigung der Kommunalfinanzen – Die Gewerbesteuer zur **Gemeindegewerbesteuer** weiterentwickeln (17/783)<sup>2</sup>

Wer bestellt, bezahlt – **Konnexität** zugunsten der Kommunen im Grundgesetz verankern (17/6491)

---

<sup>2</sup> Die in der Klammer angeführte Ziffer bezeichnet die Drucksachenummer, unter der die jeweiligen Anträge im Internet zu finden sind: <http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments.do?jsessionid=FBC695C7DA3636D8458D24260DF722B1.dip21>

Verbindliches **Mitwirkungsrecht für Kommunen** bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen und Verordnungen sowie im Gesetzgebungsverfahren (17/1142)

Wiederherstellung der **Handlungsfähigkeit von Städten, Gemeinden und Landkreisen** (17/1744)

Derzeit werden die Gewerbesteuererinnahmen auch dadurch beeinträchtigt, dass Unternehmen ihre Verluste aus der Vergangenheit bei der jeweils aktuellen Steuererklärung geltend machen können. Dieser sogenannte Verlustvortrag soll auf maximal 5 Jahre begrenzt werden.

**Verlustverrechnung** einschränken – Steuereinnahmen sicherstellen (17/5525)

Die Forderung nach einer kommunalen Gemeindewirtschaftsteuer ist Bestandteil des Gesamtsteuerkonzepts der LINKEN und auf die übrigen steuerpolitischen Forderungen abgestimmt.

**Auswege aus der Krise:** Steuerpolitische Gerechtigkeit und Handlungsfähigkeit des Staates wiederherstellen (17/2944)

Hinsichtlich der Anfang 2010 eingesetzten Gemeindefinanzkommission hat DIE LINKE gefordert, dass über die Zukunft der Kommunalfinanzen eine breite, ergebnisoffene und transparente Diskussion stattfinden muss. Dies kann nicht durch eine Kommission und hinter verschlossenen Türen erfolgen.

**Zukunft der Kommunalfinanzen** – Transparenz gewährleisten und Öffentlichkeit herstellen (17/1143)

In den jährlichen Haushaltsberatungen fordert DIE LINKE im Rahmen ihres Zukunftsprogramms u.a. die Aufstockung der Gelder für die Städtebauförderung sowie die Bereitstellung von Mitteln für Konversionsmaßnahmen und energetische Gebäudesanierung.

**Haushaltsgesetz** Entschließungsantrag gesamt (17/3913)

Zur Überwindung des Investitionsstaus in den Kommunen fordert DIE LINKE, dass eine Investitionspauschale in Höhe von 3 Milliarden Euro aufgelegt wird.

**Einzelplan** 60 Kommunale Investitionspauschale (17/3850)

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen sollen die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die derzeit knapp 10 Prozent der kommunalen Sozialausgaben ausmachen, schrittweise durch den Bund übernommen werden. Allerdings sollen gleichzeitig die Bundesmittel für die

Arbeitsförderung in gleicher Höhe gekürzt werden. DIE LINKE lehnt das ab und fordert eine echte Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben, die nicht mit Kürzungen in anderen wichtigen Bereichen gegenfinanziert werden darf.

Entschließungsantrag zum Gesetz der Bundesregierung  
zur **Stärkung der Finanzkraft der Kommunen** (17/7474)

## **II) Sicherung und Gewährleistung der kommunalen Daseinsvorsorge und Privatisierungsstopp**

Das Motto: „Private können es besser als der Staat“ wird auch auf kommunaler Ebene zunehmend in Frage gestellt. Besonders deutlich zeigt sich dies an dem seit einigen Jahren zu beobachtenden Trend zur Rekommunalisierung einstmals privatisierter Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge. Nachdem bereits die Bedeutung klassischer Privatisierungen abgenommen hat, werden zunehmend auch Privatisierungen in Form öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) zum Gegenstand öffentlicher Kritik.

Das Ziel parlamentarischer Aktivitäten der LINKEN besteht darin, die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen für Rekommunalisierungen, die auf Bundesebene bestimmt werden, zu verbessern und bestehende Benachteiligungen der Kommunen gegenüber Privaten aufzuheben. Gleichzeitig sollen weitere Privatisierungen verhindert werden. Letzteres setzt voraus, dass die Aktivitäten der Bundesregierung zur Förderung von ÖPP auf allen staatlichen Ebenen, insbesondere durch die ÖPP Deutschland AG, transparent gemacht und gestoppt werden.

**Rekommunalisierung** beschleunigen –  
Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) stoppen (17/5776)

Neben einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Rekommunalisierungen fordert DIE LINKE, dass der Bund im Zusammenwirken mit den Ländern die Bildung von Energiebeiräten auf kommunaler Ebene ermöglicht.

**Energienetze** in die öffentliche Hand – Rekommunalisierung der  
Energieversorgung erleichtern – Transparenz und demokratische Kontrolle  
stärken (17/3671)

DIE LINKE fordert außerdem den sofortigen Stopp des Verkaufs der vornehmlich in Ostdeutschland gelegenen bundeseigenen Seen, Äcker und Wälder.

Keine **Privatisierung** von Äckern, Seen und Wäldern (17/239)



### **III) Gesellschaftliche Emanzipation stärken – Direkte Demokratie, Partizipation und Transparenz weiter entwickeln**

Zur Stärkung und Bewahrung der Demokratie auf lokaler Ebene sind zwingend rechtliche Voraussetzungen zu schaffen, die sicherstellen, dass die Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen für die gesamte Einwohnerschaft einer Kommune möglich ist. Unmittelbare und mittelbare Benachteiligungen bei der Beteiligung an der demokratischen Willensbildung und beim Zugang zu politischen Ämtern müssen beseitigt werden.

DIE LINKE fordert daher in ihren Parlamentarischen Initiativen, dass auch Einwohnerinnen und Einwohner, die weder die deutsche noch die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates besitzen, an Wahlen und Abstimmungen in ihren Kommunen teilnehmen dürfen.

Für kommunale Amts- und MandatsträgerInnen im SGB II-/SGB XII-Bezug muss zudem sichergestellt werden, dass sie die Entschädigungsleistungen für den mit dem Amt oder dem Mandat verbundenen Aufwand behalten dürfen und nicht wegen der Wahrnehmung ihres Amtes finanzielle Einbußen befürchten müssen.

**Kommunales Wahlrecht** für Drittstaatenangehörige einführen (17/1146)

**Aufwandsentschädigungen** für kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Amtsträgerinnen und Amtsträger **nicht auf Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch anrechnen** (17/7646)

**Keine Anrechnung** von Aufwandsentschädigungen für **bürgerschaftliches Engagement** auf Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch(17/7653)

### **IV) Arbeit, Soziales und Gesundheit**

Die Kosten im sozialen Bereich bilden den wichtigsten Posten bei den kommunalen Ausgaben und tragen erheblich zum Defizit der Kommunen bei. Allein im Jahr 2011 lagen die kommunalen Sozialausgaben bei über 44 Milliarden Euro. Indem die Kommunen die Kosten der Unterkunft nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder (bis voraussichtlich Ende 2013) die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung tragen, leisten sie eine Absicherung für Faktoren (Arbeitslosigkeit, Altersarmut), die sie nicht beeinflussen können. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen wird damit überfordert. Dies führt u.a. dazu, dass Kommunen freiwillige Leistungen im sozialen Bereich einschränken müssen. Mit ihren Anträgen will DIE LINKE den Bund bei seinen sozialstaatlichen Aufgaben stärker in die Verantwortung nehmen. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass

die Lebensbedingungen für Erwerbslose und Menschen mit geringem Einkommen in den Kommunen verbessert und ihre Chancen auf Teilhabe durch entsprechende Förderung erhöht werden.

Die grundsätzliche Kritik der LINKEN an Hartz 4 umfasst auch die Regelungen zu den Kosten der Unterkunft. DIE LINKE fordert die Schaffung bundeseinheitlicher Mindeststandards hinsichtlich der Kriterien zur Bestimmung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft. Zwangsumzüge sind grundsätzlich zu vermeiden.

**Weg mit Hartz IV** – Für gute Arbeit und eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung (17/659)

**Mindeststandard bei der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft** (17/7847)

Um die Kommunen in diesem Bereich zu entlasten, fordert DIE LINKE, dass sich die Berechnung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft an den tatsächlichen Kosten und nicht an der Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften orientiert.

**Bundeseinrichtung** bei Kosten der Unterkunft (SGB II) erhöhen (17/75)

Die Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende wird nach wie vor nicht dem ursprünglichen Ziel, nämlich der Schaffung einer Anlaufstelle für alle Erwerbslosen, gerecht. Tatsächlich wird durch die Neuregelung lediglich der bisherige Status Quo in die Verfassung geschrieben.

**Weiterentwicklung der Organisation**  
der Grundsicherung für Arbeitssuchende (**Jobcenter**) (17/2193)

Die Initiative „Jugend Stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend trägt zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendsozialarbeit in der Bundesrepublik bei. DIE LINKE setzt sich daher für ihren Erhalt und für eine Verstärkung der Mittel ein.

Hände weg von der Initiative „**JUGEND STÄRKEN**“ (17/6393)

DIE LINKE will mit Mitteln der Arbeitsmarktpolitik sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu Mindestlohnbedingungen oder mit tariflicher Entlohnung schaffen. Entscheidend ist dabei, dass für die Betroffenen das Prinzip der Freiwilligkeit gilt. Vermittlung in prekäre Beschäftigung ist zu verhindern. Die Sozialversicherungspflicht muss auch auf Minijobs ausgeweitet werden.

Gute **öffentlich geförderte Beschäftigung** – eine Alternative zu Langzeiterwerbslosigkeit und Ein-Euro-Jobs (ÖBS) (17/1397)

**Arbeitsmarktpolitik** neu ausrichten und nachhaltig finanzieren (17/5526)

**Minijobs** mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichstellen (17/7386 )

Menschen mit Behinderungen können nach derzeitiger Rechtslage immer noch gezwungen werden, in Behinderten-, Altenheimen oder anderen stationären Einrichtungen zu leben. DIE LINKE fordert, dass die Bundesregierung endlich ihren Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention nachkommt. Das nationale Recht muss so gestaltet werden, dass Menschen mit Behinderung ihren Aufenthaltsort frei wählen können und hierfür auch die notwendige staatliche Unterstützung erhalten.

Kostenvorbehalt in § 13 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch streichen – **Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung** gewährleisten (17/4911)

Eine funktionierende wohnortnahe Gesundheitsversorgung setzt eine entsprechend umfassende Bedarfsplanung mit Analyse, Planung und Umsetzung des Bedarfs voraus. DIE LINKE schlägt Lösungsansätze vor, die Über-, Unter- und Fehlversorgungen vermeiden.

**Wirksamere Bedarfsplanung** zur Sicherung einer wohnortnahen und bedarfsgerechten **gesundheitlichen Versorgung** (17/3215)

Die Finanzierungsbedingungen für Frauenhäuser sind derzeit in den einzelnen Bundesländern äußerst unterschiedlich ausgestaltet. Um sicherzustellen, dass im ganzen Bundesgebiet bedarfsgerecht ausgestattete Frauenhäuser betrieben werden können, fordert DIE LINKE die finanzielle Verantwortung entsprechend zwischen Bund und Ländern zu regeln.

Bundeseinheitliche **Finanzierung von Frauenhäusern** sicherstellen (17/243)

Hinsichtlich der Befugnisse der nunmehr gesetzlich verankerten Beiräte bei den Jobcentern fordert DIE LINKE, dass diese hinsichtlich der Einsatzfelder öffentlich geförderter Beschäftigung verbindlich mitbestimmen dürfen und in allen Belangen, die zu ihrem Aufgabenbereich gehören, ein Akteneinsichts- und Auskunftsrecht erhalten.

Wirksamkeit der Arbeit der **Beiräte bei den Jobcentern** erhöhen (17/7844)

## **V) Zukunft der Kommunen durch sozialen, nachhaltigen, barrierefreien und ökologischen Umbau sowie Konversion militärischer Einrichtungen sichern**

Bei der **Bau-, Wohn-, und Stadtentwicklungspolitik** werden die Kommunen in den nächsten Jahren mit einer Reihe grundsätzlicher Veränderungen konfrontiert.

Entwicklungen wie der demographische Wandel oder die Energiewende erfordern entsprechende Weichenstellungen. Eine wichtige Voraussetzung kommunaler Gestaltungsfähigkeit ist dabei die Städtebauförderung. Außerdem drohen in vielen Kommunen soziale Verwerfungen durch steigende Mieten.

**Städtebauförderung** auf hohem Niveau verstetigen, Forderungen der Bauministerkonferenz umsetzen ( 17/6447)

Entwurf eines Gesetzes zur **Sicherung bezahlbarer Mieten** und zur Begrenzung von Energieverbrauch und Energiekosten (17/6371)

**Mietrecht** sozial gerecht weiterentwickeln (17/4837)

**Grundrecht auf Wohnen** sozial, ökologisch und barrierefrei gestalten (17/3433)

Die Schulden ostdeutscher kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen, die noch aus DDR-Zeiten stammen, stellen eine enorme Belastung dar und verhindern die infolge der besonderen Herausforderungen in Ostdeutschland notwendigen Investitionen in den Stadtumbau. DIE LINKE fordert daher die ersatzlose Streichung dieser Schulden.

**Altschulden der ostdeutschen Wohnungsunternehmen** streichen (17/1148)

Im Bereich der **kommunalen Verkehrspolitik** müssen künftig ebenfalls in stärkerem Maße klimapolitische Belange berücksichtigt werden. Gleichzeitig zeigen insbesondere die Ereignisse um das Projekt Stuttgart 21, dass die Akzeptanz für Verkehrsinfrastrukturprojekte davon abhängt, inwieweit die Bevölkerung in einem transparenten Prozess in die Entscheidungsfindung einbezogen wird. Die Kommunen benötigen gerade auch im ländlichen Raum eine nachhaltige Verkehrs- und Mobilitätspolitik, die den sozialen und demographischen Anforderungen gerecht wird und die eine Strategie zu mehr Ressourceneffizienz verfolgt.

**Klimaschutz im Verkehr** braucht wesentlich mehr als Elektroautos (17/2022)

Grundlegende Neuausrichtung der **Verkehrsinvestitionspolitik** für Klima- und Umweltschutz, Barrierefreiheit, soziale Gerechtigkeit und neue Arbeitsplätze (17/1971)

**Stuttgart 21** – Bau- und Vergabestopp (17/3992)

Akzeptanzprobleme bei der **Rheintalbahn** durch offene Planung beseitigen (17/3659)

In der **Energie- und Umweltpolitik** sind die Kommunen ein wichtiger Wegbereiter für die Energiewende. Kommunale Stadtwerke können die erforderlichen dezentralen Versorgungsstrukturen schaffen und so eine Alternative zu den Großanlagen der Energiekonzerne bieten. Gleichzeitig bietet eine kommunale Energieversorgung für die Bevölkerung die Chance den Energiesektor zu demokratisieren und für sozial verträgliche Energiepreise zu sorgen. Insgesamt lässt sich eine sozial und ökologisch nachhaltige Energiewende allerdings nur durch eine entsprechende Regulierung des Energiemarktes realisieren.

**Entschließungsantrag** zum Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des **Netzausbaus** Elektrizitätsnetze (17/6370)

**Entschließungsantrag** zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (**EEG**) (17/6369)

**Atomausstieg bis 2014 –**

Für eine neutrale und demokratische Energieversorgung (17/6092)

**Schutzschirm für Stromkunden** – bezahlbare Energiepreise gewährleisten (17/5760)

Entwurf eines Gesetzes zum **Verbot der Speicherung von Kohlendioxid** in den Untergrund des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik Deutschland (17/5232)

Umgehend die Konsequenzen aus dem **Unglück von Hordorf** ziehen (17/4840)

Das im Rahmen des Bundeswehrrumbaus vorgelegte neue Standortkonzept sowie der Abzug und die Neustrukturierung der NATO-Streitkräfte in der Bundesrepublik fordern von den Kommunen Ideen und finanzielle Mittel für die **Konversion** ehemals militärisch genutzter Liegenschaften. Auch wenn bestimmte Formen militärischer Einrichtungen, wie Truppenübungsplätze oder Fliegerhorste häufig als störend empfunden werden, rufen geplante Standortschließungen gerade in strukturschwachen Regionen häufig Ängste in der Bevölkerung und bei KommunalpolitikerInnen hervor. Erfahrungen in der Vergangenheit haben jedoch gezeigt, dass sich die zivile Nachnutzung militärischer Liegenschaften in vielen Fällen positiv auf die Entwicklung der betroffenen Kommune ausgewirkt hat. DIE LINKE fordert vom Bund diesbezüglich seine Verantwortung wahrzunehmen und die Kommunen bei der Konversion zu unterstützen.

**Konversion von Bundeswehrstandorten als Entwicklungschance** für Kommunen (17/7504)

**Luft-Boden-Schießplatz Siegenburg** schließen (17/5757)

Friedliche Zukunft der **Kyritz-Ruppiner Heide** und Interessen der Region sichern (17/1972)

## VI) Kinder, Jugend, Familie, Bildung und Sport

**Kinder und Jugendliche** benötigen ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot in den Kommunen. Hierdurch soll nicht nur die Vereinbarkeit von **Familien-** und Erwerbsarbeit verbessert, sondern durch entsprechende Bildungsarbeit auch ein Ausgleich für soziale Benachteiligung hergestellt werden. DIE LINKE fordert eine nachhaltige finanzielle Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen.

**Kinderrechte** umfassend stärken und ins Grundgesetz aufnehmen (17/7644)

Die **UN-Kinderrechtskonvention bei Flüchtlingskindern** anwenden (17/7643)

Für eine moderne und **zukunftsweisende Familienpolitik** (17/6915)

Die **jugendfreundlichste Kommune** Deutschlands (17/7846 )

Die Verantwortung im **Bildungsbereich** kann nur von Bund und Ländern gemeinsam wahrgenommen werden. Gute Bildung erfordert eine ausgewogene Finanzierungsverantwortung sowie die Absicherung dezentraler Gestaltungsspielräume. Die Kommunen benötigen eine finanzielle Ausstattung, die es ihnen ermöglicht ihre Aufgaben, insbesondere bei der Weiterbildung wahrzunehmen.

**Bildungsverantwortung** gemeinsam wahrnehmen (17/6094)

**Kooperationsverbot in der Bildung** unverzüglich aufheben (17/785)

Der Förderung des **Sports** und insbesondere des Breitensports wird allgemein eine hohe gesellschaftliche Bedeutung beigemessen. Gerade die Anlagen für den Breitensport werden in vielen Fällen durch die Kommunen betrieben und die TrainerInnen und SportbetreuerInnen sind häufig ehrenamtlich tätig. Kommunen und Sportvereine benötigen eine stärkere Unterstützung durch den Bund, damit sie ihre wichtigen Aufgaben in diesem Bereich auch in Zukunft wahrnehmen können. DIE LINKE fordert außerdem, dass Hartz 4-Beziehende, die sich ehrenamtlich engagieren und damit u.a. für Sportvereine eine unentbehrliche Stütze darstellen, nicht mehr befürchten müssen, dass ihr Engagement zu Einbußen bei den Regelsätzen führt.

Die **Förderung des Sports** ist Aufgabe des Staates (17/6152)

**Keine Anrechnung** von Aufwandsentschädigungen für **bürgerschaftliches Engagement** auf Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (17/7653)

Entschließungsantrag zum Haushaltsgesetz 2012 (17/7861); u.a.: **100 Millionen Euro Breitensportförderung** bei der Aufstockung der Gelder für aktive

Arbeitsmarktpolitik und Ermöglichung der Umwandlung von passiven in aktive Leistungen, um so den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse voranzutreiben. 50 Millionen Euro für den Bau und die Errichtung von Breitensportanlagen bundesweit bereitstellen (Goldener Plan 3.0).

Ein Großteil der Anlagen, die für den Breitensport verwendet werden, werden von den Kommunen betrieben. Vor dem Hintergrund zunehmender gerichtlicher Auseinandersetzung um die Zulässigkeit von Sportanlagen fordert DIE LINKE im Bau- und Immissionsrecht einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Belangen der SportlerInnen und den legitimen Interessen der AnwohnerInnen, der sicherstellt, dass der Sportbetrieb auch künftig überall in den Kommunen möglich ist.

Für eine **immissions- und baurechtliche Privilegierung**  
von **Sportanlagen** (17/1742)

## **VII) Kultur**

Die kommunalen Theater, Kinos und sonstigen Einrichtung tragen in hohem Maße zur kulturellen Vielfalt in der Bundesrepublik bei. Kommunale Kulturpolitik ist dabei als freiwillige Aufgabe vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanzlage ständig von Kürzungen und Einsparmaßnahmen bedroht. Außerdem führen technische Umstellungen und Neuerungen immer wieder dazu, dass in den kulturellen Einrichtungen der Kommunen kostspielige Um- und Nachrüstungen der technischen Anlagen vorgenommen werden müssen. So hat der Bund beispielsweise im Jahr 2010 Funkfrequenzen versteigert und einen Erlös von 4 Milliarden Euro erzielt. Durch die Versteigerung sind Kinos und Theater gezwungen ihre Funkmikrofone zu erneuern. DIE LINKE hat sich dafür eingesetzt, dass der Bund als Verursacher die Kosten trägt. Nun will er 124 Mio. Euro zahlen.

„**Soforthilfeprogramm Kultur**“ zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur einrichten (17/552)

**Kulturelle Einrichtungen** vor Folgeschäden aus der Frequenzversteigerung der **digitalen Dividende** bewahren (17/2416)

Die **Billigkeitsrichtlinie** zu den Umstellungskosten aus der Umwidmung von Frequenzen den Realitäten anpassen (17/7655)

## **VIII) Kampf gegen Rechts**

Im Kampf gegen Rechtsextremismus sind die Kommunen und ihre Einrichtungen auf die Unterstützung von Initiativen und Bündnissen aus der Zivilgesellschaft

angewiesen. Die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus auf lokaler Ebene können nur durch ein gemeinsames Agieren der Kommunen und ihrer EinwohnerInnen wirksam bekämpft werden.

Arbeit für Demokratie und Menschenrechte braucht Vertrauen –  
**Keine Verdachtskultur** in die **Projekte gegen Rechtsextremismus**  
tragen (17/4664)

Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus verstärken –  
**Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus ausbauen**  
und verstetigen (17/3045)

## **IX) Für einen höheren Stellenwert der Kommunalpolitik im Bundestag**

Kommunale Interessen finden im Bundestag derzeit kaum Gehör. Dies beweist die Fülle von gesetzgeberischen Akten auf Bundesebene, die für die Kommunen direkt oder indirekt zu Mehrbelastungen führen. Im Bundestag existiert derzeit kein Gremium, in welchem speziell die Auswirkungen von Bundesgesetzen auf die Kommunen diskutiert werden. Immerhin muss die ganz überwiegende Mehrheit der Bundesgesetze letztlich auf der kommunalen Ebene ausgeführt werden. Zwar wurde beim Innenausschuss ein Unterausschuss Kommunales eingerichtet, der verfügt aber nicht über ein Selbstbefassungsrecht und kann nur tätig werden, wenn er vom Innenausschuss dazu aufgefordert wird. Ein Großteil der kommunalpolitisch relevanten Themen, insbesondere aus dem Bereich der Kommunalfinanzen kann daher nicht in diesem Unterausschuss diskutiert werden. Auch wenn die Einsetzung des Unterausschusses schon einen kleinen Erfolg darstellt, setzt sich DIE LINKE weiterhin dafür ein, dass die Kommunalpolitik aufgrund ihres Stellenwertes einen eigenen ordentlichen Ausschuss erhält.

Einsetzung eines **Ausschusses** des Deutschen Bundestages  
für **Kommunalpolitik** (17/70)



# **Bundestagsfraktion DIE LINKE bietet KommunalpolitikerInnen sowie Initiativen ein Podium**

## **Kommunalpolitische Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE in Essen Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung – „Ohne Moos nix los“**

Über 100 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern diskutierten am 27. und 28. März 2010, welche Folgen die prekäre Finanzlage der Kommunen hat und wie aus dem parteiübergreifenden Unmut Widerstand werden kann. »Wir werden alles tun, um den Protest gegen die unhaltbaren Zustände in den Bundestag zu tragen«, sagte Gesine Löttsch, haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Am Ende der Konferenz verabschiedeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Erklärung, in der die Hauptverantwortlichen für die Finanznot der Kommunen – Bund und Länder – benannt und zentrale Forderungen der LINKEN formuliert wurden. Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben! Schluss mit der Verwaltung des Mangels! Für eine solide Finanzausstattung der Kommunen um soziale und demokratische Teilhabe wirksam umzusetzen!

## **Erfahrungsaustausch von Mitgliedern aus den Beiräten der Jobcenter**

Es ist bereits eine gute Tradition, dass sich auf Einladung der Bundestagsfraktion DIE LINKE einmal im Jahr Mitglieder aus Beiräten der Jobcenter und Sozialausschüssen der Kommunalparlamente sowie Betroffene in Berlin treffen und Erfahrungen austauschen. In der 16. Wahlperiode gab es fünf und in der 17. Wahlperiode bisher zwei Treffen.

Am 17. September 2010 bzw. am 27. Mai 2011 diskutierten wir gemeinsam, wie wir unter den veränderten Bedingungen die Beiratsarbeit im Interesse der Betroffenen organisieren und Gestaltungsspielräume nutzen können. Am Ende eines jeden Erfahrungsaustausches stehen immer konkrete Verabredungen, was auf den einzelnen Ebenen – Bund, Länder, Kommunen – an Arbeit und Unterstützung geleistet werden soll.

## **Bundesweite Treffen der Sozialticketinitiativen**

Bereits fünf Mal trafen sich auf Einladung der Bundestagsfraktion DIE LINKE Sozialticket-Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet. Jedes Mal nahmen zwischen 30 und 50 Vertreterinnen und Vertreter solcher Initiativen teil.



Anliegen der Treffen war stets, sich über den aktuellen Stand der Arbeit der verschiedenen Initiativen und die Praxis bestehender Sozialtickets auszutauschen.

Diskutiert wurde auch, wie man sich stärker vernetzen kann und welche Veränderungen es auf Bundesebene geben muss, damit alle Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben in ihrer Stadt oder Gemeinde teilnehmen können. Mobilität ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Aus den bisherigen Treffen hat die Bundestagsfraktion stets Impulse für ihre eigene Arbeit erhalten. Im Ergebnis entstanden Anfragen und Anträge zum Grundrecht auf Mobilität im weitesten Sinne.

Bei den letzten Treffen – am 23. April 2010 bzw. 8. September 2011 – wurden erstmals Fragen der Umwelt- und Klimapolitik bzw. der Zukunft der Finanzierung des ÖPNV stärker in den Fokus der Diskussion gerückt.

## **Bündnis »Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte« zu Gast in der Fraktion DIE LINKE**



Hauptverursacher der desaströsen Finanzlage vieler Kommunen ist der Bund. Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn sich Vertreter/innen des Aktionsbündnisses aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land auf den Weg nach Berlin gemacht haben. Ihr Anliegen war, den Fraktionen im Bundestag anhand konkreter Zahlen klar zu machen: »Wenn die verarmten Städte und Gemeinden nicht endlich auch vom Bund Hilfe zur Selbsthilfe erhalten, um aus ihrer weitgehend auch vom Bund verschuldeten dramatischen Finanznot herauszukommen, ist der gesamte Staat in Gefahr!«. Am 24. Februar 2011 waren sie zu Gast in der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Die Oberbürgermeisterin und der Kämmerer der Stadt Mülheim an der Ruhr sowie der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal belegten sehr eindrucksvoll, dass den Kommunen in NRW das Wasser bis zum Hals steht. Nur noch 8 von 384 Kommunen haben einen ausgeglichenen Haushalt, jede 3. Kommune hat einen Nothaushalt und 9 Kommunen sind bankrott. Die Kommunen haben einen absoluten Tiefpunkt erreicht und können aus eigener Kraft nicht mehr aus dieser Situation herauskommen. Nicht nur in diesem Punkt waren sich die Gäste und die Fraktion einig.

Katrin Kunert, kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion, bekräftigt: »Dieser Auffassung ist auch die Fraktion DIE LINKE. Daher fordern wir: eine Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben durch den Bund, um die Kommunen bei den Sozialausgaben zu entlasten, eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindewirtschaftsteuer, um die Einnahmeseite der Kommunen zu stabilisieren und ein verbindliches Mitwirkungsrecht, um zu verhindern, dass Bundestag und die Bundesregierung Entscheidungen zu Lasten der Kommunen treffen.«

Der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi ergänzt: »Voraussetzung ist allerdings, dass die Kommunen einen ganz anderen Stellenwert im verfassungsrechtlichen System dieser Bundesrepublik erhalten“. Auf der Bundes- oder Landesebene findet das Leben nicht statt. Bürgerinnen und Bürger leben in Städten und Gemeinden. Nur eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen sichert die lokale Demokratie. Nur dann finden Bürgerinnen und Bürger wieder Gründe zur Wahl zu gehen. Wenn nur der Mangel verwaltet wird, kann man sich nur zwischen sympathischen und nicht sympathischen Kandidat/innen entscheiden. Wenn aber die Kommunen genügend Geld haben, muss man sich für ein inhaltliches Konzept entscheiden: »Wie will ich in meiner Stadt leben«.

Am Ende der sehr offenen und sachlichen Debatte versicherte die Fraktion den Vertreterinnen und Vertretern des Bündnisses, dass sie die Probleme noch ernster nehmen wird, auch wenn die Kommunalpolitik in der Fraktion ein gutes Standing hat.

# Publikationen der Fraktion DIE LINKE. zur Kommunalpolitik



**Für starke Kommunen  
mit leistungsfähigen Betrieben  
in öffentlicher Hand**  
Leitfaden Rekommunalisierung  
Neue aktualisierte Auflage, August 2011



**Sozialticket kommt in Fahrt**  
Informationen über Initiativen und bestehende Sozialtickets  
aktualisierte Auflage, Dezember 2010



**Studie: Auswirkungen inner-  
städtischer Autobahnen auf die  
Sozialstruktur angrenzender  
Wohngebiete**, Juni 2010



**Zukunft der kommunalen Selbst-  
verwaltung „Ohne Moos nix los“ –  
Reader kommunalpolitische  
Konferenz, Essen 2010**



### **Folder „Mehr Geld für Kommunen“**

Position der Bundestagsfraktion  
zur Finanzlage der Kommunen  
Forderungen und Alternativen  
Juli 2011



### **Sozialpässe in Städten und Landkreisen**

Informationen über Verbreitung,  
Zugang und Leistungsumfang des  
Sozialpasses in Städten und Kreisen  
April 2011

## **clara – Das Magazin**

In der Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE. erscheinen seit Beginn der 17. Wahlperiode regelmäßig Beiträge zu kommunalpolitischen Themen. Hier eine Auswahl:

### **Der Boden der Tatsachen bleibt steinig**

Erkan Kocalar ist Linker und stellvertretender Bürgermeister in Duisburg. Seit zwei Jahren lernt er in der täglichen Arbeit, das Machbare zu schätzen.  
Ausgabe 22 – 30. Juni 2011

### **Der Preis der Kohle**

Verschwundene Dörfer und Landschaften, umgesiedelte Menschen, verlorene Traditionen. Geht es nach Vattenfall, geht das Abbaggern der Lausitz weiter. Aber ohne uns, sagen die Menschen vor Ort, auch wenn es nach einem Kampf David gegen Goliath aussieht.

### **Lernen in und mit der Gemeinschaft**

2007 hat die Fritz-Karsen-Schule in Berlin-Neukölln den Beschluss gefasst, sich am Modellversuch Gemeinschaftsschule zu beteiligen. Der fußte auf einer Haltung, die Verschiedenheit zur Normalität erklärt und damit niemanden mehr ausschließt. Zwischen 40 und 60 Prozent der Lernenden kommen in die Abiturstufe. Sitzenbleiben ist abgeschafft, die Trennung in Gymnasiasten, Real- und Hauptschüler schon lange. Ausgabe 21 – 10. Oktober 2011

## **Ein Kraftwerk für die Bürger**

Wirtschaftssenator Harald Wolf (DIE LINKE) strebt ein Bürger-Stadtwerk für Berlin an. Ein Gespräch über Vorteile und Wege der Rekommunalisierung.  
Ausgabe 20 – 30. Juni 2011

## **Die Vorreiter aus der Provinz**

Prenzlau in der Uckermark gilt als Vorbildkommune in Sachen Energiewende. Die Stadt produziert mehr erneuerbare Energien als sie verbraucht. Herzstück der Erfolgsgeschichte sind die Stadtwerke – und die gehören der Kommune.

## **Gestern galt privat vor Staat, heute gilt das Gegenteil**

Wegen schlechter Erfahrungen kaufen immer mehr Kommunen Unternehmen zurück. Ein harter Kampf. Doch rekommunalisierte Betriebe sind besser und preisgünstiger. Ausgabe 16 – 19. Juni 2010

## **Kahlschlag in den Kommunen verhindern**

Vielen Kommunen droht die Entmündigung durch Aufsichtsbehörden, die jede »freiwillige« Ausgabe genehmigen müssen. Das höhlt die Demokratie aus und macht das im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden zu Makulatur. Die Lasten der Steuergeschenke an Unternehmen und Wohlhabende wälzten Bund und Länder in den vergangenen Jahren systematisch auf die Kommunen ab. Ausgabe 15 – 12. April 2010

## **Klar**

Die Zeitung der Fraktion DIE LINKE. erscheint fünf Mal im Jahr. Das Top-Thema der Ausgabe 17 vom 19. April 2010 war „Kommunalfinanzen“.

## **Kommunen vor dem Zusammenbruch**

Für ihre Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen lässt die Bundesregierung Kommunen zahlen: Vielerorts sind Arbeitsplätze gefährdet, Kindertagesstätten und Schwimmbäder bedroht.

## **Die Not in Zahlen**

Im Jahr 2010 droht den Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro, für die Jahre 2011 bis 2013 müssen sie mit weiteren zweistelligen Milliardendefiziten rechnen.

## **Wir fordern einen Rettungsschirm für Kommunen**

Warum der Bund für die Haushaltsnot verantwortlich ist, erklärt Gesine Löttsch.

# **Bundestagsfraktion DIE LINKE ist Partnerin für KommunalpolitikerInnen**

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden zeitnah über parlamentarische Initiativen, Fachdebatten und Erfahrungen zu kommunalpolitisch relevanten Fragen informiert.

Anknüpfend an die guten Erfahrungen der letzten Wahlperiode wird der Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik in der Regel 14-tägig herausgegeben. Der Newsletter wurde entsprechend den Wünschen der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern inhaltlich weiter qualifiziert. Er informiert über die Arbeit der Bundestagsfraktion, enthält für ihre tägliche Arbeit Hinweise und Tipps, Publikations- und Veranstaltungsempfehlungen sowie gute Beispiele aus der Praxis zu allen kommunalen Fragen. Ende Januar 2012 erscheint die 120. Ausgabe. Desweiteren gibt es einen Newsletter Kommunal-, Verkehrs- und Wohnungspolitik, Tourismus der Bundestagsfraktion, der monatlich herausgegeben und in dem über parlamentarische Initiativen zu kommunalen Themen berichtet wird.

Zu aktuellen Fragen oder Einzelfragen/Themen erhalten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker Sofortinformationen, Handlungsempfehlungen bzw. Kommunal-Fach-Newsletter. Zu folgenden Themen wurden Informationen und Handlungsempfehlungen herausgegeben:

- Sonderinfo - LSG Sachsen-Anhalt: Abwrackprämie für Hartz-IV-Beziehende bleibt anrechnungsfrei
- Organisationsreform im Bereich ALG II
- Aktion für die Erhöhung des Finanzierungsanteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft
- Infos zur Zuspitzung der Finanzlage der Kommunen
- Sonderinfo: Finanznot der Kommunen
- Sonderinfo: Arbeitsmarkt und Sozialpolitik
- Sonderinfo: Kommunalfinanzen stärken - Widerstand organisieren
- Sonderinfo: Bürgerarbeit - Bundesagentur für Arbeit
- Aktiv werden gegen das Kürzungsprogramm: Materialien für die Arbeit vor Ort
- Materialien zur aktuellen Auseinandersetzung zum Thema Regelsatz - Hartz IV
- Stuttgart 21: Aufruf zu bundesweitem Protest gegen Geldverschwendung und Arroganz der Politik
- Resolution und Musterantrag zum Kreislaufwirtschaftsgesetz 19. November 2010
- Sonderinfo: Auswirkungen des Bundeshaushaltes 2011 auf die Kommunen, KdU, Gemeindefinanzkommission
- Anrechnung von Aufwandsentschädigungen kommunaler MandatsträgerInnen bei ALG II-Beziehenden
- Sonderinfo: Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets Januar 2011



- Sonderinfo Hartz IV und Soziale Stadt
- Argumentationspapier zur Tarifrunde öffentlicher Dienst
- Energieversorgung in unserem Interesse
- Sonderinfo: Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets Juni 2011
- Sonderinfo zu Bundeswehrstandorten vom 26. Oktober 11
- Sonderinfo zum Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 28. Oktober 11
- Sonder-Info zum Schulrojaner für kommunale Linksfraktionen mit Musteranfragen
- Kleine (linke) Aktion gegen Bahnpreiserhöhung
- zur Arbeit in den Beiräten der Jobcenter

Die AG Kommunalpolitik hat konzertierte Aktionen im Bundestag, in den Landtagen und kommunalen Vertretungen u.a. zu Kommunalfinanzen, Kosten der Unterkunft, Kreislaufwirtschaftsgesetz durchgeführt. Hierfür wurden Argumentationshilfen, Informationen sowie Musteranträge, Musteranfragen und Musterresolutionen für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker erstellt.

Fast täglich werden Beratungsleistungen erbracht. Sowohl in Detailfragen als auch in Grundsatzfragen können sich kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger Rat holen.

Über den Wissenschaftlichen Dienst wurden Rechercheaufträge vergeben, deren Ergebnisse die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker für ihre Arbeit nutzen, so zum Beispiel

- zu Informationsrechten von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber den Jobcentern,
- Verlust des Stadtrechts durch eine Gebietsreform,
- Satzungsermächtigung der Kommunen zu den Kosten der Unterkunft,
- kommunaler Hebesatz auf die Einkommensteuer,
- Entstehungsgeschichte von freiwilligen und Pflichtaufgaben der Kommunen,
- SGB II-Neuorganisation – Zum Erfordernis einer 2/3-Mehrheit in den Kommunalparlamenten für den Optionsantrag einer Kommune,
- Einsicht in Verträge der öffentlichen Hand
- Forschungsvorhaben und wissenschaftliche Ausarbeitungen zu PPP

Studien hat die Bundestagsfraktion zu folgenden Themen erstellt:

- Zu den bestehenden und zu schaffenden rechtlichen Bedingungen zur demokratischen Kontrolle öffentlichen Eigentums am Beispiel öffentlicher Unternehmen und Sparkassen, Oktober 2011
- Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltmediation bei großen Infrastrukturprojekten. Ansatzpunkte für eine verbesserte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, Oktober 2011
- Auswirkungen innerstädtischer Autobahnen auf die Sozialstruktur angrenzender Wohngebiete, Juni 2010

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)